

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Trennung von politischer Gemeinde und Bürgergemeinde

Die Arbeiten an der Gesamtrevision des Gemeindegesetzes gehen voran – Über das Problem der «Auswärtigen» noch keine Entscheidung

Möglicherweise wird der Regierung zur Gesamtrevision des Gemeindegesetzes bereits Ende Jahr ein Gesetzesentwurf vorliegen. Dies erklärte Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille am Pressegespräch vom Dienstag, ohne sich zeitlich genau festlegen zu wollen. Eine Kommission, die mit der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes betraut wurde, trifft sich nach seinen Worten monatlich zu einer Sitzung.

Schwerpunkte der in die Wege geleiteten Totalrevision des Gemeindegesetzes bilden die Trennung der politischen Gemeinde von der Bürgergemeinde und damit zusammenhängend die Neuordnung der Stellung der «Auswärtigen», also jener Bürger, die in einer anderen als der Heimatgemeinde ihren Wohnsitz haben. Im weiteren soll mit der Revision eine klarere Aufgabenteilung zwischen Land und Gemeinden vorgenommen werden.

### Grundsatzfragen in Vernehmlassung

Bereits vor zwei Jahren legte eine Kommission, die sich aus Vertretern der Gemeinden und der Landesverwaltung zusammensetzte, einen umfangreichen Bericht zur Totalrevision des Gemeindegesetzes vor, der die grundsätzlichen Aspekte aller mit dem Gemeindegesetz zusammenhängenden Fragen aufzeigte. Diese Grundsatzfragen waren in der Folge Gegenstand einer ersten Vernehmlassung in den Gemeinden, die aufgrund eines Fragenkataloges Stellung zu den grundlegenden Revisionspunkten nahmen. Wie es im Anschluss an die Vernehmlassung von Regierungsseite hiess, herrschte in den Gemeinden in den Hauptpunkten weitgehende Übereinstimmung. Die Auswertung der Stellungnahmen aus den Gemeinden soll, wie Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille am Pressegespräch bekräftigte, in den Gesetzesentwurf einfließen.

### Politische und Bürgergemeinde

Allerdings handelt es sich hier um eine recht heikle Aufgabe, die nicht leicht zu lösen sein wird. Die Unterscheidung von politischer Gemeinde und Bürgergemeinde dürfte in der einen oder anderen Form im Gesetzesentwurf vorhanden sein.

### «Wanzen» in Schweizer Botschaft in Moskau?

(spk) Es bestehe keine volle Gewähr, dass in der Schweizer Botschaft in Moskau keine Abhöranlagen der sowjetischen Behörden installiert seien, hält der Bundesrat am Mittwoch in seiner Antwort auf eine einfache Anfrage von Ständerat Xaver Reichmuth (SZ/CVP).

Wie bei den Botschaften anderer Länder seien auch an schweizerischen Vertretungen in osteuropäischen Staaten seit den fünfziger Jahren verschiedentlich Abhöreinrichtungen ermittelt und entfernt worden. Oft seien diese Anlagen aber nur schwierig zu orten. Zudem könnten bewegliche Mikrosender auf verschiedene Art eingeschleust und unbemerkt wieder entfernt werden. Ausserdem sei es möglich, Abhöreinrichtungen von aussen auf ein Gebäude anzusetzen. Der Abhörgefahr müsse in erster Linie mit zweckmässigen organisatorischen Massnahmen und Verhaltensregeln begegnet werden.

**Brillant-Schmuck ist im spezialisierten DIAMANT-HAUS besonders günstig**

**Betriebsurlaub**



**21.2.-3.3.**

**DIAMANT-HAUS**

Vaduz, Herrengasse 27, Tel. 075 / 2 90 90  
(Telefonatdienst rund um die Uhr)

doch ist sich die Kommission derzeit offensichtlich noch nicht ganz im klaren, ob die in der Vernehmlassung aufgezeigte Trennung gesetzlich verankert werden soll oder ob dem Gedanken von Genossenschaften, wie früher, der Vorzug gegeben werden soll. Nach dem Grundlagenbericht wäre die politische Gemeinde für die Leitung und Aufgabenerfüllung der Gemeinde zuständig, während der Bürgergemeinde die Erhaltung und Verwaltung des Bürgervermögens übertragen würde.

### Problem der «Auswärtigen»

Noch schwieriger dürfte die Frage zu lösen sein, wie die sogenannten «Auswärtigen» ihren Platz zugeteilt erhalten sollen. Nach dem Grundlagenbericht wären

die auswärtigen Liechtensteiner in der politischen Gemeinde den in der Heimatgemeinde wohnhaften Bürgern in Rechten und Pflichten gleichgestellt. Hingegen hätte nur jener Bürger, der in seiner Heimatgemeinde lebt, das Mitbestimmungsrecht in der Verwaltung des Bürgervermögens. Der Wohnsitz in der Bürgergemeinde wäre nach diesem Vorschlag auch die Voraussetzung für den Anspruch auf Nutzung des Bürgervermögens. Nach Angaben von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille sind die verschiedenen Varianten und Möglichkeiten in der Kommission diskutiert worden, doch stehe eine Entscheidung noch aus.

### Information der Bürger

Die Revision des Gemeindegesetzes

stellt ein Unterfangen dar, das nach Auffassung des zuständigen Ressortinhabers jeden einzelnen Bürger berührt und auch beschäftigt. Die Kommission muss sich nach seinen Worten deshalb auch die Frage stellen, wie der Bürger über die Reformvorhaben informiert werden kann. Wie Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille erklärte, möchte er nicht einfach einen Gesetzesentwurf der Regierung und nachher dem Landtag unterbreiten, ohne die Bürgerinnen und Bürger über die Revisionsvorhaben eingehend ins Bild zu setzen. Über die Form dieser Information bestehen aber vorerst nur gedankliche Modelle. Er werde, so Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, der Regierung entsprechende Vorschläge unterbreiten. (G.M.)

## Neues Gebäude für den Landtag hat Vorrang

Städtebaulicher Ideenwettbewerb zur Gestaltung des Regierungsviertels in Vaduz vor dem Abschluss

Die Regierung hatte gemeinsam mit der Gemeinde Vaduz einen städtebaulichen Ideenwettbewerb zur Neugestaltung des Regierungsviertels ausgeschrieben, der nun Mitte April zum Abschluss kommen wird, wie Regierungschef Hans Brunhart beim Pressegespräch vom Dienstag auf Anfrage erklärte. In einer zweiten Phase soll im Rahmen eines Projektwettbewerbes die konkrete Projektierung für die Bauten der ersten Priorität, insbesondere für den Neubau des Landtagsgebäudes (zwischen Regierungsbäude und Verweserhaus) und für die Gestaltung des Platzes vor dem Regierungsbäude durchgeführt werden. Als Zielsetzung stellt man sich eine verkehrsfreie Zone von der Pfarrkirche bis zum Engländerbau vor.

Im Bereich des nun renovierten Regierungsgebäudes sollen in den nächsten Jahren zahlreiche Bau- und Gestaltungsmaßnahmen systematisch vorgenommen werden. Der Neubau des Landtagsgebäudes, die Anlage eines repräsentativen Platzes vor dem Regierungsbäude mit darunterliegender Tiefgarage und einer Änderung der bisherigen Verkehrsführung, die Erweiterung der Marktschule und des Landesmuseums, die Nutzung des Verweserhauses und weitere, in der Hochbauplanung des Landes und der Gemeinde vorgesehene Projekte lassen eine markante ortsbauliche Neuordnung des Regierungsviertels und des gesamten Zentrumsbereiches von Vaduz erwarten. Die Durchführung eines städtebaulichen Ideenwettbewerbes, an dem alle Architekten mit Wohnsitz in Liechtenstein teilnahmeberechtigt waren, schien der Regierung deshalb als zielführend. Nach Auskunft von Hans Brunhart wurden im Hinblick auf den städtebaulichen wie architektonischen besonderen Anspruch dieser Bauaufgabe auch zusätzlich Fachleute aus der Schweiz, aus Österreich und der BRD zum Wettbewerb eingeladen. Ihre Arbeiten werden nun Mitte April von einem Preisgericht bewertet.

### Anpassung der Städteplanung

Gemäss Baugesetz liegt es in der Kompetenz der Gemeinde, im Einvernehmen mit der Regierung ortsplannerische Grundlagen festzusetzen. Der Regierungschef zeigte sich beim Pressegespräch erfreut darüber, dass dieser Ideenwettbewerb gemeinsam durchgeführt werden konnte. Weil die Neugestaltung des Regierungsviertels verschiedene Grundlagen der Ortsplanung von Vaduz und insbesondere der Städteplanung berührt, will die Gemeinde nach Auskunft von Bürgermeister Arthur Konrad vorerst die Ergebnisse des Wettbewerbes abwarten und später eine eventuell notwendige Überarbeitung oder Anpassung der Städteplanung vornehmen. Das bisherige Konzept der Vaduzer Zentrumsplanung sieht ein verkehrsfreies Stadtquartier vor; der Verkehr soll sich demnach in Ermangelung einer Umfahrungs-

strasse auf der dreispurigen Aulestrasse abwickeln.

### Projektwettbewerb als zweite Phase

Aus dem städtebaulichen Ideenwettbewerb resultiert kein unmittelbarer Bauauftrag. Hingegen beabsichtigt das Land, für die architektonische Bearbeitung der Bauten und Anlagen der ersten Prioritätsstufe mehrere prämierte Teilnehmer zu einem Projektwettbewerb einzuladen. Regierungschef Hans Brunhart wollte sich diesbezüglich beim Pressegespräch vom Dienstag auf keine Terminvorgabe festsetzen, obwohl im Bericht der Regierung zum Landesvoranschlag 1987 nachzulesen ist, dass die zweite Planungsphase voraussichtlich im Sommer 1987 abgeschlossen wird, so dass noch im Herbst des gleichen Jahres mit den Vorprojektierungsarbeiten für die Bauten der ersten Priorität begonnen werden kann.



Das Regierungsviertel in Vaduz soll ein neues Gesicht bekommen. Nach einem Ideenwettbewerb sollen vorerst in einer zweiten Phase Bauten und Anlagen der ersten Prioritätsstufe (Landtagsgebäude zwischen Verweserhaus und renoviertem Regierungsbäude sowie des Platzes vor dem Regierungsbäude mit darunterliegender Tiefgarage und einer Änderung der bisherigen Verkehrsführung) projektiert werden. (Bild: A. Kieber)

## KOMMENTAR

Zwei an sich hässliche Begriffe, die nicht einmal ganz deutlich beschreiben, was darunter genau zu verstehen ist, gehören zu den Dauerbrennern in unserer politischen Landschaft. Der Begriff «Auswärtige» versucht zu umschreiben, dass es sich um liechtensteinische Bürger handelt, die jedoch nicht in ihrer Heimatgemeinde wohnen und deshalb in ihrer Wohngemeinde nicht über die gleichen Rechte verfügen wie die Gemeindebürger. Mit dem Begriff «Alteingesessene» versucht man die Lage jener Einwohner zu kennzeichnen.

### Dauerbrenner

nen, die sich schon über Jahrzehnte in unserem Lande aufhalten, die möglicherweise schon als Kinder oder gar Enkel von Einwanderern in unserem Land geboren wurden, jedoch bislang keine Aufnahme in den Bürgerverband fanden. Beiden diesen Begriffen ist gemeinsam, dass wohl schon seit Jahren darüber diskutiert und nach Lösungen gesucht wird, offensichtlich aber der Mut fehlt, eine zufriedenstellende Regelung zu präsentieren.

Für die Alteingesessenen wurde schon in den siebziger Jahren eine den neuen Verhältnissen angepasste Einbürgerungspraxis verlangt, doch eine Regelung erfuhr bisher nur die früher durch Heirat mit einem Ausländer ausgebürgerten Frauen und die ausländischen Kinder der damit wieder zu Liechtensteinerinnen gewordenen Mütter. Ausgespart blieb das Problem der Alteingesessenen, obwohl der Ansatzpunkt zu einer Neuordnung der Einbürgerungspraxis vor allem diesen Personenkreis anvisierte.

Während vorerst wenig Hoffnung besteht, dass die Regierung den Problemkreis der Alteingesessenen mit Lösungsmodellen angehen wird, hat Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille für den Bereich der «Auswärtigen» im Rahmen der Gemeindegesetzrevision eine Neuordnung in absehbarer Zeit in Aussicht gestellt. Noch hat sich die mit Lösungsvorschlägen beauftragte Kommission nicht auf einen gemeinsamen Nenner einigen können, doch ist mit Ende 1987 ein Termin gesetzt worden, bis die Regierung das neue Gemeindegesetz auf dem Tisch haben soll.

Somit besteht wenigstens der Lichtblick, dass einer der Dauerbrenner in naher Zukunft aus unserem Blickfeld verschwinden wird. Nach Jahren der Diskussion unter dem Vorgänger des heutigen Innenministers erscheint freilich der vorgegebene Zeitpunkt für eine gesetzliche Neuordnung nicht mehr zu früh. (G.M.)

## Spanische Inflationsrate bei sechs Prozent

(spk/dpa) Die spanische Inflationsrate lag Ende Januar nach Angaben des Nationalen Statistik-Instituts in Madrid vom Mittwoch bei sechs Prozent. Die Lebenshaltungskosten sind im Januar gegenüber Dezember um 0,7 Prozent gestiegen. Die Jahresrate für 1986 lag bei 8,3 Prozent.

## Volleyball-Länderspiele in Schaan

Das Schaaner Resch ist an diesem Wochenende Schauplatz von zwei freundschaftlichen Volleyball-Länderspielen zwischen Liechtenstein und Luxemburg. Damit bestreitet erstmals eine liechtensteinische Volleyball-Auswahl Länderspiele. Die beiden Begegnungen sollen zur Vorbereitung für die Mini-Olympiade in Monaco (14. bis 17. Mai) sein, wo die Liechtensteiner mitwirken werden.

Die Spiele im Resch beginnen am Samstag um 17 Uhr und am Sonntag um 11 Uhr.

## FFA-Arbeitsplätze garantieren

Die Schindler Holding AG und die Dornier Holding AG sollen für den Erhalt der rund 800 Arbeitsplätze der Flug- und Fahrzeugwerke AG Altenrhein (FFA) eine öffentliche Garantie abgeben. Dies fordert der Vorstand des kant. Gewerkschaftsbundes St.Gallen nach der Mehrheitsbeteiligung der beiden Unternehmungen. Es müsse befürchtet werden, dass durch die von der Schindler angekündigten Entflechtung der FFA für ostschweizer Verhältnisse massive Arbeitsplatzverluste entstehen.

## Rheingesez vor dem Grossen Rat

Nach langem Hin und Her hat sich eine Aufteilung der Kosten für den Unterhalt des Rheins zwischen dem Kanton St. Gallen und den Anstösser-Gemeinden herauskristallisiert. Das zu erwartende Defizit von jährlich 1,8 Mio. Franken soll zu 75 Prozent dem Kanton und zu 25 Prozent den 23 Gemeinden überbürdet werden. Der St.Galler Grosse Rat hat das Rheingesez gestern in 1. Lesung revidiert. Der Rheinunterhalt für die über 70 km lange Strecke zwischen Bad Ragaz und Bodensee kostet rund 3,3 Mio.

**THONY**  
Die Wohn-Möbel

9494 Schaan  
Bahnhofstrasse 16